

# Unsere Woche im Landtag



Newsletter vom 11. Juni 2021

## von Ihrem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

Corona weicht zurück – endlich können wir aufatmen! **Mit den Beschlüssen der Kabinettsitzung vom 4. Juni zahlt sich der monatelange Verzicht aus, den wir alle auf uns genommen haben.** Dank der weiterhin sinkenden Inzidenzzahlen und des wachsenden Impffortschritts konnten wir zum Ende der Pfingstferien endlich umfangreiche Erleichterungen der Corona-Maßnahmen auf den Weg bringen. **Diese sind am 7. Juni in Kraft getreten.**



© Büro Pohl

Als FREIE WÄHLER-Fraktion begrüßen und unterstützen wir alle beschlossenen Öffnungsschritte ausdrücklich. **Sie ebnen den Weg zur Normalität.** Endlich kehren wir auch zu einem **geregelten Schulunterricht zurück: Ab 21. Juni** wird es in Bayern wieder fast normalen **Präsenzunterricht** geben. Es ist dem Durchhaltevermögen und der gegenseitigen Rücksichtnahme weiter Teile unserer Bevölkerung geschuldet, dass all diese Öffnungsschritte möglich wurden.

**Unser besonderer Dank gilt deshalb allen Bürgerinnen und Bürgern, die über Monate hinweg ihre eigenen Bedürfnisse dem Wohl der Allgemeinheit untergeordnet haben und so ganz entscheidend dazu beitragen, die dritte Infektionswelle zu brechen.**

# Rückblick

## Rente mit 68? Kommt nicht in Frage!

Länger arbeiten wegen der steigenden Lebenserwartung? **In der Debatte um eine mögliche Rentenreform lehnen wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 68 entschieden ab.** Der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums hat festgestellt, dass das Eintrittsalter nicht langfristig von der Entwicklung der Lebenserwartung abgekoppelt werden könne und das bisherige Rentensystem aktuell an seine Grenzen stoße – doch seine Schlussfolgerungen sind falsch. Als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag setzen wir uns seit Jahren für eine leistungsgerechte und zukunftsfähige Reform des Rentensystems ein. **Wir hätten uns daher alternative Vorschläge des unabhängigen Beratergremiums gewünscht. Die jeweilige Lebensleistung sollte dabei angemessen anerkannt werden, anstatt zukünftige Rentergenerationen mit einem Eintrittsalter 68 weiter zu verunsichern.** Erfreulich ist, dass die bayerische Sozialministerin Carolina Trautner in diesem Zusammenhang das Thema Mütterrente aufgreift und eine zeitnahe Vollendung der Mütterrente III fordert. **Das Anliegen der sogenannten Mütterrente III war 2018 auf unser Hinwirken in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden.** Wir wollen damit erreichen, dass Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern für geleistete Erziehungszeiten genauso viele Entgeltpunkte bekommen wie Mütter mit nach 1992 geborenen Kindern. Bereits vor zwei Jahren haben wir daher gefordert, die Mütterrenten vollständig anzugleichen. Auch die Herausforderungen der häuslichen und familiären Pflege müssen mehr Wertschätzung und eine angemessene Berücksichtigung in der Rente finden. Die aktuelle Debatte zeigt, wie wichtig es ist, eine grundsätzliche Regelung des Rentensystems entschlossen anzugehen!



### Impressum

## Belastungen und Bedürfnisse von Familien und Kindern während der Pandemie stärker berücksichtigen

Am 10. Juni wurde unser Antrag „**Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder und Jugendliche frühzeitig entgegenwirken**“ im Sozialausschuss behandelt. Wie eine aktuelle Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf nahelegt, leidet mittlerweile fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten infolge der Corona-bedingten Kontaktbeschränkungen. Sorgen und Ängste haben zugenommen, aber auch Depressionen und psychosomatische Beschwerden treten verstärkt auf. **Wir als FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion setzen uns deshalb dafür ein, dass die seelischen Belastungen und Bedürfnisse von Familien und Kindern während der Pandemie stärker berücksichtigt werden.** Konkret haben wir die Staatsregierung daher aufgefordert, die psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosozialen **Angebote für Kinder und Jugendliche sowie deren Familien weiter auszubauen.** Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auf Bundesebene mehr Kinder- und Jugendpsychiater für die Versorgung der Patientinnen und Patienten zugelassen werden. **Denn kein Kind darf zum Verlierer der Pandemie werden.** Besonders Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund sind durch die Corona-Pandemie stark belastet.

**Deshalb brauchen wir mehr Angebote, um insbesondere Kinder aus risikobehafteten Abhängigkeitsverhältnissen zu unterstützen und ihre seelische Gesundheit zu stärken, beziehungsweise wiederherzustellen.** Im Sinne der Chancengerechtigkeit bleibt es wichtig, dass unsere Schulen trotz Corona-Beschränkungen weiterhin engagiert den Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern suchen. **Sonst besteht die Gefahr, dass vor allem Kinder aus Risikofamilien ihre Motivation und Lernfreude verlieren.** In diesem Zusammenhang danken wir allen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern. Sie haben in den vergangenen Monaten nie weggeschaut, sondern im Gegenteil: sehr genau hingesehen! Es ist immens wichtig, dass **eine breite Infrastruktur für psychische Gesundheit vorgehalten wird, sodass junge Menschen mit psychischen Problemen schnell Unterstützung und Betreuung erhalten können.** In diesem Zusammenhang appellieren wir insbesondere auch an die Bayerische Landesärztekammer, verstärkt entsprechende Fort- und Weiterbildungen für Haus- und Kinderärzte mit einschlägiger Fachausrichtung anzubieten.

### Impressum

# Aus meinem Stimmkreis

## Die Maske muss fallen!



Bernhard Pohl (MdL), Tobias Gotthardt (MdL), Prof. Michael Piazolo (Kultusminister), Alex Eder (Landrat), v.l.n.r.  
© Stephan Weichenrieder/FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Die Inzidenzzahlen gehen zurück, die Impfquote steigt, die Situation in den Kliniken entspannt sich. Nun ist die Zeit gekommen, die Corona-Maßnahmen zu lockern und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Aus diesem Grund fand auf Initiative des für das Unterallgäu, das Ostallgäu und Kaufbeuren zuständigen Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl (Freie Wähler) ein Gespräch mit dem Unterallgäuer Landrat Alex Eder und Kultusminister Prof. Michael Piazolo (beide Freie Wähler) statt, an dem auch der bildungspolitische Sprecher der Freie Wähler-Landtagsfraktion Tobias Gotthardt (Regensburg) teilnahm.

Eder äußerte den dringenden Wunsch, die pauschale Maskenpflicht in den Schulen zu beenden: „Für Kinder und Jugendliche gelten teilweise die strengsten Regeln“, macht der Kreischef deutlich. Bernhard Pohl erinnerte daran, dass die von ihm geleitete Strategie-Arbeitsgruppe, zu der auch Eder und Gotthardt gehören, schon vor einigen Wochen für Erleichterungen plädiert habe. „Wenn wir bei den Schülern konsequentes, flächendeckendes und regelmäßiges Testen verlangen, sollte es möglich sein, auf das Tragen von Masken zu verzichten. Das Kultusministerium hat gute Hygienekonzepte erarbeitet. Auf dieser Grundlage ist der Verzicht auf das Tragen von Masken zu verantworten“, so der Abgeordnete.

### Impressum

Kultusminister Piazolo nahm den Ball auf. Auch er sprach sich für eine Lockerung der Maskenpflicht aus und kündigte an, dies sehr zeitnah in Abstimmung mit den anderen beteiligten Fachministerien in Angriff zu nehmen. Dies habe für ihn hohe Priorität, denn der Schulerfolg habe natürlich etwas damit zu tun, wie sich ein Schüler im Unterricht fühlt. Er sei zu diesen Themen auch ständig mit den Kultusministern der anderen Bundesländer im guten Austausch.

Ein weiteres wichtiges Thema bildete der ungeliebte Nasentest. Hier wünschen sich Eder, Pohl und Gotthardt stattdessen Spuck- oder Pooltests. Sie seien nicht weniger zuverlässig, stießen aber auf eine weit höhere Akzeptanz als die ungeliebten Nasentests. Alex Eder unterbreitete hierzu den Vorschlag, schon jetzt andere Tests zuzulassen, wenn sie von dritter Seite beschafft und bezahlt werden.

Der Minister zeigte sich für Alternativen offen. Er werde die Sache mit dem zuständigen Gesundheitsminister besprechen und für eine Offenheit werben. Er dämpfte aber Hoffnungen, dass das von heute auf morgen schon geändert werde.

Bernhard Pohl plädiert für einen Systemwechsel im nächsten Schuljahr: „Sollten wir auch im Herbst noch Tests benötigen, müssen wir Spuck- und Pooltests wenigstens als Alternative anbieten. Wenn sie gleich geeignet sind wie die Nasentests, könnte es sogar ab dem Herbst eine rechtliche Verpflichtung hierzu geben. Nachdem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss man bekanntlich das am wenigsten einschneidende Mittel wählen, das dürften die Spuck- und Pooltests sein“, erläutert der Abgeordnete und verwies dabei auf gängige Produkte auch aus dem Allgäu, die sich in der Praxis bereits bewährt haben. Alex Eder hofft allerdings, dass wir im Herbst darüber nicht mehr diskutieren müssen: „Natürlich müssen wir für alle Fälle vorbereitet sein. Ich hoffe doch aber sehr, dass Tests und Masken in den Schulen im Herbst nicht mehr zur Alltagsnormalität gehören. Es wäre allen jungen Menschen dringend zu wünschen, dass sie sich in der Schule und auch draußen wieder ohne jede Einschränkung bewegen können. Jeder Monat ohne Einschränkungen hilft den Jugendlichen in ihrer Entwicklung“, stellt der Kreischeff, selbst Vater eines schulpflichtigen Kindes, fest.

## **Bernhard Pohl mit OB Bosse bei Staatsminister Füracker Der Ball liegt jetzt bei der Stadt Kaufbeuren!**

Der Kaufbeurer Landtagsabgeordnete Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) drängt aufs Tempo. Er möchte Kaufbeuren langfristig als Standort für die Finanzhochschule des Freistaats Bayern sichern. Die derzeit 900 Studenten sollen auf die Standorte Kaufbeuren und Kronach verteilt werden. Keiner der beiden Städte verfügt aber bislang über einen Campus. Bernhard Pohl als Haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Landtag für Hochbauangelegenheiten mit zuständig, möchte rasch Nägel mit Köpfen machen: „Unser Finanzminister Albert Füracker steht zum Standort Kaufbeuren. Allerdings braucht die Hochschule einen Campus. Der Freistaat ist bereit, einen gigantischen Betrag von etwa 100 Millionen Euro zu investieren, möchte aber begreiflicher Weise auch eine gute, zentrumsnahe Lösung für seine Studenten. Das ist absolut nachvollziehbar“, betont Pohl.



Er sieht hierbei die Stadt in der Pflicht. Kaufbeuren müsse dem Freistaat ein geeignetes Grundstück anbieten, das sei nicht Aufgabe des Freistaats. „Der Finanzminister wird einen Teufel tun, sich in Diskussionen vor Ort einzumischen. Er wartet, bis wir ihm ein geeignetes Areal zur Verfügung stellen, beauftragt das Bauministerium mit den Grundstücksverhandlungen und wird dann das Projekt im Haushalt und der Finanzplanung verankern. Der Minister hat uns ganz deutlich gesagt, es kann recht schnell gehen, wenn wir unsere Hausaufgaben machen und die geeigneten Flächen anbieten. Das müssen wir jetzt aber auch tun, denn eine Finanzhochschule hätten viele andere Städte auch gern“, mahnt der Kaufbeurer Abgeordnete.

Das Treffen mit Füracker bewertet er durchweg positiv: „Albert Füracker war schon immer ein sehr gradliniger und lösungsorientierter Parlamentskollege. Als Minister hat er davon überhaupt nichts eingebüßt. Wenn er sagt, er steht zu Kaufbeuren, kann man sich darauf verlassen.“

### **Impressum**

Wir sollten das aber nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, denn er hat in seiner trockenen Oberpfälzer Art auch gesagt, dass er weder eine klare Voraussage für die kommenden Haushaltsjahre noch eine Garantie dafür abgeben könne, über 2023 hinaus noch Finanzminister zu sein. Deshalb müssen wir die aktuell günstige Konstellation



© Büro Pohl

mit Füracker als Finanzminister und mir als Haushaltspolitischen Sprecher nutzen, um die Finanzhochschule dauerhaft in Kaufbeuren zu halten. Wenn wir jetzt die richtige Entscheidung treffen, schließe ich es nicht aus, dass wir möglicher Weise sogar über die Zahl von 300 Studenten hinaus noch einen weiteren Zuwachs bekommen können“, so Pohl abschließend.

## Meine Meinung

### **Meinungsfreiheit - Diskriminierung Zeitgeist- Toleranz**

Heute wage ich mich an ein schwieriges Thema, das aber aus meiner Sicht höchst aktuell ist: Das Spannungsfeld zwischen Meinungsfreiheit und Diskriminierung, zwischen Zeitgeist und Toleranz.

In den letzten Monaten waren das vor allem die Querdenker, die sich über „Meinungsdiktatur“ und einem „Ausverkauf der Grundrechte“ die Rede. Das ist Unsinn! Querdenker durften jede auch noch so abstruse Behauptung sagen und in sozialen Medien veröffentlichen, sie haben zum Teil sogar in Tageszeitungen und im Fernsehen Gehör bekommen. Sie durften auch demonstrieren, wenn Sie sich an vorgegebene Auflagen halten, die aber für alle Demonstranten auch gleich waren.

Zwischenzeitlich sind es aber nicht nur extreme Randgruppen, sondern weite Teile der Gesellschaft, die das Gefühl haben, sie dürfen nicht mehr frei Ihre Meinung sagen. Zu Recht?

#### **Impressum**

Der Umgang mit Sprache ist heutzutage sensibler geworden als zu früheren Zeiten. Das ist grund-sätzlich zu begrüßen, denn Sprache kann verletzen. Der Umgang mit denjenigen, die sprachlich danebengegriffen haben, ist aber mehr als fragwürdig. Interessant auch: Die Ächtung erfolgt keineswegs konsequent, und auch die Frage, welche Meinungsäußerung zulässig ist und welche nicht, orientiert sich mehr und mehr am Mainstream. Das ist falsch und für demokratische Meinungsbildungsprozesse brandgefährlich!

Ich kann mich noch gut erinnern, als Innenminister Joachim Herrmann in einer Fernsehsendung Roberto Blanco als „wunderbaren Neger“ bezeichnet hat. Ich kenne Joachim Herrmann nun aus über zwölf Jahren gemeinsamer parlamentarischer Arbeit, und kann mit Sicherheit sagen: Die Diskriminierung von Menschen oder gar Rassismus ist ihm völlig fremd! Er wollte auch ganz sicher Roberto Blanco nicht kränken, zumal der seit vielen Jahren Mitglied in der CSU ist. Trotzdem gab es einen unglaublichen Aufschrei, der Satz wird sogar in einem Standardkommentar zum Strafgesetzbuch kommentiert, um zu verdeutlichen, dass die Aussage nicht strafbar ist.

Ich weiß aber noch genau, was Herr Gauland über einen deutschen Fußballnationalspieler gesagt hat: Wer will schon neben Jérôme Boateng wohnen? [Hier lesen Sie meine Meinung weiter](#)



© Büro Pohl

## Vormerken: Telefonische Bürgersprechstunde

Am Freitag, den 18. Juni, stehe ich Ihnen gerne zwischen 13.00 und 15.00 Uhr unter 08341-9954844 zur Verfügung!

[www.bernhard-pohl.com](http://www.bernhard-pohl.com)

**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein erholsames Wochenende!**

### Impressum

Bernhard Pohl | Mitglied des Bayerischen Landtags  
Abgeordnetenbüro | Gutenbergstraße 2a | 87600 Kaufbeuren